

Wie Ulrich Jochimsen Hermann Scheer kennenlernte

Hermann Scheer ist ein genuiner 68er! Damals war er 24 Jahre alt, Studenten-Führer und studierte in Heidelberg. Irm Pontnagel wurde auf ihn aufmerksam. Sie haben erkannt „alles ist politisch“ und haben danach bis zu seinem Tod gelebt.

Hermann kannte mich länger als ich ihn. Aber erst zur Vorgeschichte: Im Jahre 1970 wurde mein zwei Jahre älterer Bruder Reimut Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt von Willy Brandt. Reimut war jüngster Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kiel und im Jahre 1969 gewählt zu dessen Rektor. Im Pro-Rektorjahr zog er um ins Kanzleramt in Bonn.

Im Jahre 1980 wurde Hermann Scheer Bundestagsabgeordneter und interessierte sich für Außenpolitik, speziell für das Thema Krieg und Frieden. Er wurde zum Schatten-Verteidigungsminister der SPD. Im Jahr 1985 erschien sein Buch über Atomabrüstung, in dem er die Abrüstung der Atombewaffnung in Ost und West forderte. „Du Idiot“, sagten seine SPD-Parteigenossen, „natürlich nur in Ost und nicht in West“. Damit war seine „Karriere“ als Verteidigungsminister zu Ende, bevor sie überhaupt begonnen hatte. In seinem Buch von 1985 (ich kann den Titel nicht finden) hatte er am Ende ein sehr kurzes Kapitel über die Energie von der Sonne als Perspektive einer zukünftigen Friedenspolitik erwähnt. Hermann erzählte mir, Willy Brandt interessiere das sehr.

Im April 1986 war die Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl. Die SPD beschloss, aus der Atomenergie auszusteigen. 1988 wollte Hermann den gemeinnützigen Verein EUROSOLAR gründen. Lautstarke Proteste in der Kohlefraktion der SPD. Der Parteivorstand beschloss daraufhin, der höchste Genosse in der Energieverantwortung sollte ein Votum über Hermann's Pläne abgeben. Zu dem Zeitpunkt war das mein Bruder Reimut, inzwischen Wirtschaftsminister in Nord-Rhein-Westfalen

„Du brauchst mir gar nichts erzählen“, sagte Reimut gleich zu Hermann, „das kenne ich alles von meinem Bruder Ulrich und seiner Tochter Sönne“. Reimuts klares Votum für den SPD-Vorstand: "Wir brauchen Hermann Scheer als Option für die Zukunft“. Damit mussten die SPD-Genossen der Kohle-Fraktion ihre Bedenken einstweilen zurückstellen.

Diskurs

Das Stromspeisungsgesetz des Jahres 1990 entstand in einer starkstromgeschichtlich einmaligen Konstellation. Diese erkannt, entschlossen herbeigeführt und geeint genutzt zu haben, ist vor allem Hermann Scheer zu verdanken.

Vorausgegangen waren bekanntlich die beiden Ölkrise 1973 und 1979, die Demonstrationen gegen die Atomenergie, die zur Gründung der GRÜNEN führten, die große Enquetekommission des Bundestages zum Einsatz der Kernenergie 1980, Tschernobyl 1986, der SPD-Beschluss 1986, innerhalb von 10 Jahren aus der Atomenergie auszusteigen, der Zusammenbruch und Beitritt der DDR zur BRD.

Ohne Hermann Scheer, der zuvor gegen den ausdrücklichen Willen der starken IGBE-Lobby in der SPD EUROSOLAR gegründet hatte, wäre die breite parlamentarische Initiative im Bundestag - an den mächtigen Fraktionsführungen vorbei! - nie zustande gekommen, geschweige denn so erfolgreich geworden.

Mehr Demokratie wagen, gilt angesichts eisernem Fraktionszwang als Hochverrat! Und den hatte Hermann Scheer organisiert. Das gültige Verfassungsrelikt "Generalinspektor für Wasser und Energie", vom 29.7.1941, - das Führerprinzip - wurde durch das jüngere und total entgegen gesetzte Demokratieprinzip hochgradig gefährdet. Während Führung und Top-Juristen der EVU voll mit der Eroberung des DDR-Starkstromsystems beschäftigt waren, organisierte Hermann Scheer das unglaublich erfolgreiche Stromeinspeisungsgesetz. Die Bundesregierung stand unter einem hohen Druck und versuchte zusammen mit der Energiewirtschaft die Gesetzes-Initiative, das Stromeinspeisungsgesetz, verunglücken zu lassen.

Bei der ersten Sitzung im Bundeswirtschaftsministerium, befanden wir uns, die Windkraft-, Sonnen- und Bioenergie-„Spinner“, am langen Verhandlungstisch der vereinten Energiewirtschaft gegenüber, die vor einem die ganze Wand ausfüllenden Bild eines Braunkohletagebaus saßen, zur Linken Beamte der Bundesregierung, zur Rechten Bundestagsabgeordnete.

In der denkwürdigen Sitzung sollten damals die Verhandlungen über die Gesetzeszukunft nur weitergeführt werden, wenn Manfred Lüttke verschwände. Erich Haye, Ivo Dahne und ich hatten damals sofort gesagt: „Dann gehen wir auch.“ Soweit durften Energiewirtschaft und Bundesregierung es nicht treiben, im Jahr der deutschen Wiedervereinigungseuphorie in „Frieden und Freiheit“. Sie hatten dem Bundestag auf Grund eines Bundestagsbeschlusses einen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Es hätte einen vorzeitigen Missklang zur Feier mit „unseren Brüdern und Schwestern im Osten“ gegeben, und die Energiewirtschaft West war sowieso voll beschäftigt mit der Vereinnahmung der Energiewirtschaft Ost via die bis heute nicht veröffentlichten schändlichen „DDR-Stromverträge“. Die Stromer waren guten Mutes, das Stromeinspeisungsgesetz früher oder später doch noch vernichten zu können. Denn für die EVU gab es nur die Alternative: entweder das Stromeinspeisungsgesetz vernichten oder die DDR-Stromwirtschaft komplett auf den Haken nehmen. Schließlich bestand die Gefahr, dass der Kraft-Wärme-Kopplungs-Virus via Ex-DDR sich in der BRD-West ausbreitet.

Die EVU konnten innerhalb eines Jahres nach Verkündung des Stromeinspeisungsgesetzes kein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht / BVerfG beantragen. Denn es gelang uns über unser noch in der Volkskammer gegründetes Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V., ein Normenkontrollverfahren gegen die DDR-Stromverträge vor dem Bundesverfassungsgericht / BVerfG anzuzetteln. Die EVU mussten einigen Kommunen unter dem Druck eines bevorstehenden Prozesses vor dem BVerfG Teile ihres Stadtwerkevermögens zurückgeben. Das Bundesverfassungsgericht hatte unter seinem Präsidenten Roman Herzog diesen Streit austrocknen lassen, nach der Devise: wo kein Kläger, da kein Richter. Wie ja auch Rupert Scholz als Verhandlungsführer des Bundestages in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag alles tat, um das Grundgesetz vom 23. Mai 1949, „um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“, nicht gemäß Art. 146 GG: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“, in eine gesamtdeutsche Verfassung zu überführen.

Soll etwa vorzeitig aufgedeckt werden, dass der gemeinsame Lehrer von Rupert Scholz und Roman Herzog, Theodor Maunz, bis zu seinem Tode für Gerhard Freys „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ Kommentare geschrieben hat (vgl. „Zeit“, 14.2.94), und dass das Deutsche Reich rechtlich fortbesteht? Sollen etwa alle schönen Übernahme- und Plattmachgeschäfte im „Beitrittsgebiet“ durch eine neue transparente Verfassung verhindert werden: Machtzuwachs und Kasse sich entgehen lassen nur wegen Träumerei für „Nachhaltigkeit“ und „Demokratie“?

Im Juli 1991 sagte Preben Maegaard vom Folkecenter in Nord-Dänemark zu mir, „wir müssen ins Saarland fahren, da gibt es eine Konferenz von EUROSOLAR.“ „Das geht nicht“, habe ich geantwortet, „im Wort

EUROSOLAR stehen zwei zentralistische Symbole nebeneinander.“
Wenn ich gewusst hätte, dass ein Hermann (doppelter Mann) dieses Unternehmen leitete, hätte ich noch mehr Widerstand geleistet.

Hermann lud Preben und mich zu einer einwöchigen Konferenz über Solarenergie nach Harare/ Simbabwe ein, und ich versprach Hermann, Preben sollte EUROSOLAR-Vizepräsident werden.